

Inhaltsübersicht

Einleitung und Problemaufriss	1
Kapitel 1: Entwicklung der Rechtsprechung und Wissenschaft	7
A. Verlauf der deutschen Rechtsprechung und Entwicklung der Literaturauffassungen	7
I. Erste Entscheidungen des Reichsgerichts zu konkreten Rückrufpflichten	7
II. Rückrufpflicht grundsätzlich in Rahmen des Beseitigungsanspruchs	9
III. Beseitigung als Teil des Unterlassungsanspruchs	11
IV. Exkurs: Diskussion im österreichischen Lauterkeitsrecht	17
B. Neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	20
C. Fazit	23
Kapitel 2: Effizienzsteigerung des Unterlassungsanspruchs durch eine Rückrufverpflichtung des Schuldners	25
A. Bedürfnis für die Ausweitung der Unterlassungspflicht	25
I. Ausgangssituation der nachfolgenden Untersuchung	26
II. Haftung für Verstöße der belieferten Abnehmer	27
III. Zwischenfazit	35
IV. Bestehen einer Rechtsschutzlücke	36
V. Fazit	51
B. Teleologische Erwägungen	52
I. Verhinderung einer zukünftigen Störung	52
II. Rückrufverpflichtung aufgrund einer kausal gesetzten Ursache	56
III. Fazit	63
C. Effektivität einer Rückrufverpflichtung des Unterlassungsschuldners	65

I. Tatsächliche Risiken für Gläubiger und Schuldner	65
II. Tatsächlicher Nutzen für den Gläubiger	70
III. Schadenersatzansprüche als Ausgleich für den Gläubiger	76
D. Fazit	81
Kapitel 3: Die Rückrufverpflichtung des Unterlassungsschuldners	
im Lauterkeitsrecht	85
A. Meinungsstand zur dogmatischen Herleitung	85
I. UWG als Grundlage für die Produzentenhaftung	85
II. Rückrufpflicht als Bestandteil der gesetzlichen Unterlassungsverpflichtung	86
III. Rückrufpflicht aufgrund gefahrerhöhenden Handelns	87
IV. Wettbewerbsrechtliche Verkehrspflichten	88
B. Wettbewerbsrechtliche Verkehrspflicht als Anknüpfungspunkt	89
I. Verkehrspflichten beim Vertrieb von Produkten	89
II. Verkehrspflicht des beliefernden Erstverletzers	91
III. Verletzung der Verkehrspflicht durch unterlassenen Rückruf	99
IV. Zwischenfazit	103
V. Vereinbarkeit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs mit diesem Untersuchungsergebnis	104
C. Der Rückrufanspruch als ergänzende Handlungspflicht des Unterlassungsanspruchs	106
I. Rückruf zwischen Unterlassung und Beseitigung	107
II. Ergänzender Rückrufanspruch durch Rechtsfortbildung	111
III. Zwischenfazit	124
IV. Handlungspflichten des Unterlassungsschuldners	124
D. Fazit	133
Kapitel 4: Die Rückrufverpflichtung des Unterlassungsschuldners	
im Immaterialgüterrecht	137
A. Systematische Auslegung	137
I. Reichweite des Unterlassungsanspruchs und des Rückrufanspruchs	137
II. Meinungsstand zum Verhältnis von Unterlassungs- und Rückrufanspruch	139
III. Verbleibender Anwendungsbereich der Rückrufansprüche nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	142
IV. Zwischenfazit	143

B.	Bedeutung der Richtlinie 2004/48/EG	144
	I. Meinungsstand	144
	II. Vereinbarkeit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs mit der Richtlinie 2004/48/EG	146
	III. Zwischenfazit	150
C.	Fazit	150
Kapitel 5: Prozessuale Durchsetzung der Rückrufverpflichtung des gesetzlichen Unterlassungsschuldners		151
A.	Vereinbarkeit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs mit den Grundsätzen des zweigliedrigen Streitgegenstandes	151
	I. Probleme des Streitgegenstandes	151
	II. Erfordernis eines Klageantrages	158
	III. Exkurs: Beschränkung des Streitgegenstandes durch den Gläubiger	166
	IV. Zwischenfazit	168
B.	Vollstreckungsverfahren	169
	I. Systematik	169
	II. Umgehung des materiellrechtlichen Verantwortungsbereichs	179
	III. Dogmatische Grenze der Auslegung eines Vollstreckungstitels	182
	IV. Konflikte mit dem Bestimmtheitsgebot	187
	V. Zwischenfazit	200
C.	Grundsatz des Verbots der Vorwegnahme der Hauptsache	201
	I. Meinungsstand zum Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache	201
	II. Vernachlässigung des Zeitverlusts infolge der Nichtvornahme einer Handlung	203
	III. Kosten eines Rückrufes	204
	IV. Stellungnahme	205
D.	Dogmatische Konflikte mit Besonderheiten des einstweiligen Rechtsschutzes	207
	I. Systematischer Widerspruch zum Immaterialgüterrecht	207
	II. Umgehung der Anforderungen an eine Leistungsverfügung	210
E.	Probleme im Zusammenhang mit einem Abschlussverfahren	214
	I. Reichweite der Wirkung einer Abschlusserklärung	214
	II. Konfliktpunkte mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	215
	III. Zwischenfazit	218

F.	Exkurs: Lösungsansätze für die tatsächlichen Konsequenzen aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs im einstweiligen Verfahren	218
I.	Bestehende Ansätze in der Literatur	218
II.	Stellungnahme	220
G.	Fazit	224
Kapitel 6: Die Rückrufpflicht eines vertraglichen Unterlassungsschuldners		229
A.	Grundsätzliches	229
B.	Meinungsstand in der Literatur	230
C.	Rechtsprechung zu Handlungspflichten des vertraglichen Unterlassungsschuldners	231
I.	Uneinheitliche Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	231
II.	Begründungsansätze der Rechtsprechung	232
D.	Bestimmung der Reichweite von Unterlassungserklärungen	233
I.	Unterschiede zwischen der Auslegung eines Vertrags und eines Titels	234
II.	Ermittlung der Parteiwillen	237
III.	Indizien für und gegen eine Rückrufverpflichtung	239
IV.	Zwischenfazit	245
E.	Exkurs: Ausklammerung von Beseitigungspflichten	245
I.	Partielle Beseitigung der Wiederholungsgefahr	245
II.	Möglichkeit einer einseitigen Beseitigung der übrigen Wiederholungsgefahr ...	247
F.	Fazit	251
Kapitel 7: Reichweite der Rückrufpflicht des Unterlassungsschuldners unter Berücksichtigung seiner tatsächlichen und rechtlichen Sachherrschaft im Rahmen des unternehmerischen Vertriebs		253
A.	Sachherrschaft des Unterlassungsschuldner als Grenze für eine Rückrufpflicht	253
B.	Vertriebswege eines Unternehmens	255
I.	Direkter Vertrieb durch eigene und rechtlich unselbständige Organe	255
II.	Indirekter Vertrieb durch fremde und rechtlich selbständige Absatzorgane	256
III.	Zwischenfazit	258
C.	Mögliche und zumutbare Rückrufmaßnahmen	258
I.	Inhalt der Rückrufpflicht des Unterlassungsschuldners	259
II.	Zwischenfazit	270

D. Sachherrschaft des Unterlassungsschuldners im direkten Vertrieb	271
I. Tatsächliche Sachherrschaft	271
II. Rechtliche Sachherrschaft	273
III. Zwischenfazit	273
IV. Tatsächliche Konsequenzen für den Unterlassungsschuldner im direkten Vertrieb	274
E. Sachherrschaft des Unterlassungsschuldners im indirekten Vertrieb	275
I. Grundsätzliches	275
II. Kommissionsgeschäft	281
III. Handelsvertreter	288
IV. Vertragshändler	293
V. Franchiseverträge	301
F. Fazit	307
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	311
Literaturverzeichnis	319

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Problemaufriss	1
Kapitel 1: Entwicklung der Rechtsprechung und Wissenschaft	7
A. Verlauf der deutschen Rechtsprechung und Entwicklung der Literaturauffassungen	7
I. Erste Entscheidungen des Reichsgerichts zu konkreten Rückrufpflichten	7
II. Rückrufpflicht grundsätzlich in Rahmen des Beseitigungsanspruchs	9
III. Beseitigung als Teil des Unterlassungsanspruchs	11
1. Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung	12
2. Meinungsstand in der Literatur	14
3. Zwischenergebnis	16
IV. Exkurs: Diskussion im österreichischen Lauterkeitsrecht	17
B. Neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	20
C. Fazit	23
Kapitel 2: Effizienzsteigerung des Unterlassungsanspruchs durch eine Rückrufverpflichtung des Schuldners	25
A. Bedürfnis für die Ausweitung der Unterlassungspflicht	25
I. Ausgangssituation der nachfolgenden Untersuchung	26
II. Haftung für Verstöße der belieferten Abnehmer	27
1. Unmittelbare Mittäterschaft	27
2. Mittelbare Täterschaft	29
3. Teilnehmerhaftung	31
a) Voraussetzungen	31
b) Hilfeleistung durch Nichtvornahme eines Rückrufes	33
c) Erkenntnisgewinn und Abgrenzung zur Täterschaft	34
III. Zwischenfazit	35

IV. Bestehen einer Rechtsschutzlücke	36
1. Umgehung des Unterlassungsanspruchs durch Weiterveräußerung	36
2. Informationsdefizit und Zeitverlust	40
a) Hürden bei der Geltendmachung von Beseitigungsansprüchen	40
aa) Notwendige Informationen für die Antragsfassung	40
bb) Voraussetzungen eines Störungszustands	41
cc) Auskunftsklage	43
dd) Zwischenfazit	45
b) Rückruf als Naturalrestitution des Schadenersatzanspruchs	46
aa) Verschuldensnachweis nach Zugang einer Abmahnung	46
bb) Zeitverlust	47
c) Zwischenfazit	48
3. Konsequenzen für den Gläubiger	48
4. Vorteile einer mit Rückrufpflichten versehenen Unterlassungsverfügung	49
a) Umgehung des Informationsdefizits	49
b) Verringerung des Zeitverlusts	49
V. Fazit	51
B. Teleologische Erwägungen	52
I. Verhinderung einer zukünftigen Störung	52
1. Allgemeine Merkmale von Handlungspflichten des Unterlassungsschuldners	53
2. Künftige Zu widerhandlung aufgrund bereits gesetzter Ursache	55
3. Zusammenfassung	55
II. Rückrufverpflichtung aufgrund einer kausal gesetzten Ursache	56
1. Meinungsstand	56
2. Pflicht zur Gefahrenbekämpfung	57
3. Teleologische Gemeinsamkeiten des Rückrufanspruchs und Unterlassungsanspruchs	60
4. Verifizierung des Rückrufanspruchs mit dem Auslegungsergebnis	62
III. Fazit	63
C. Effektivität einer Rückrufverpflichtung des Unterlassungsschuldners	65
I. Tatsächliche Risiken für Gläubiger und Schuldner	65
1. Risiken für den Gläubiger im einstweiligen Rechtsschutz	65
2. Unbestimmte Reichweite der Rückrufpflichten	68
3. Keine gerichtliche Überprüfung der konkreten Pflichtenreichweite	69
II. Tatsächlicher Nutzen für den Gläubiger	70

1. Aufforderung zur Zurückhaltung der Gegenstände	71
2. Aufforderung zur Rückgabe der Gegenstände	72
a) Rechtliches Interesse der Abnehmer	73
b) Tatsächliches Interesse der Abnehmer	75
3. Zwischenfazit	75
III. Schadenersatzansprüche als Ausgleich für den Gläubiger	76
1. Hürden für den Gläubiger bei der Darlegung eines Schadens	76
2. Anwendung dieser Grundsätze auf die Ausgangssituation	78
3. Zwischenfazit	81
D. Fazit	81
 Kapitel 3: Die Rückrufverpflichtung des Unterlassungsschuldners	
im Lauterkeitsrecht	85
A. Meinungsstand zur dogmatischen Herleitung	85
I. UWG als Grundlage für die Produzentenhaftung	85
II. Rückrufpflicht als Bestandteil der gesetzlichen Unterlassungsverpflichtung	86
III. Rückrufpflicht aufgrund gefahrerhöhenden Handelns	87
IV. Wettbewerbsrechtliche Verkehrspflichten	88
B. Wettbewerbsrechtliche Verkehrspflicht als Anknüpfungspunkt	89
I. Verkehrspflichten beim Vertrieb von Produkten	89
1. Grundlagen der Haftung wegen Verkehrspflichten	89
2. Vergleichbare Interessenlage beim Vertrieb von Produkten	90
II. Verkehrspflicht des beliefernden Erstverletzers	91
1. Zumutbarkeit einer Verkehrspflicht nach Art des Geschäftsmodells	93
2. Setzung einer hinreichenden Gefahr	95
3. Begrenzung durch Erkennbarkeit des eigenen und fremden Verstoßes	96
aa) Kenntnisnahme des Vorwurfs infolge einer Abmahnung	98
bb) Vorliegen eines Titels oder einer verbindlichen Unterlassungserklärung	98
4. Verschuldensgrad	99
III. Verletzung der Verkehrspflicht durch unterlassenen Rückruf	99
1. Rückrufpflicht als Verkehrssicherung	100
2. Schutzbedürftigkeit des Gläubigers und Eigenverantwortlichkeit der Abnehmer als widerstreitende Faktoren	101
IV. Zwischenfazit	103

V. Vereinbarkeit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs mit diesem Untersuchungsergebnis	104
C. Der Rückrufanspruch als ergänzende Handlungspflicht des Unterlassungsanspruchs	106
I. Rückruf zwischen Unterlassung und Beseitigung	107
1. Rückruf als Erfüllung einer Beseitigungspflicht	109
2. Rückruf als Ergänzung des Unterlassungsanspruchs	109
3. Ergebnis und Konsequenzen	111
II. Ergänzender Rückrufanspruch durch Rechtsfortbildung	111
1. Planwidrige Gesetzeslücke im UWG	111
a) Abschließende Anspruchsgrundlagen	112
b) Präventive Verhinderung der Ausbreitung von Verletzungsfolgen	115
2. Vereinbarkeit des Rückrufanspruchs mit dem Gesetzeszweck des UWG	116
3. Historische Entwicklung des wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs	118
4. Gefahrsteuerung als Pflichteninhalt des Unterlassungsanspruchs	122
III. Zwischenfazit	124
IV. Handlungspflichten des Unterlassungsschuldners	124
1. Bestehende Ansätze	125
2. Zwingende und ergänzende Handlungen des Unterlassungsschuldners	126
3. Rückruf als zwingende Handlung des Unterlassungsanspruchs	128
4. Rückruf als unselbständige Hilfshandlung	130
D. Fazit	133
Kapitel 4: Die Rückrufverpflichtung des Unterlassungsschuldners im Immaterialgüterrecht	137
A. Systematische Auslegung	137
I. Reichweite des Unterlassungsanspruchs und des Rückrufanspruchs	137
1. Geschuldete Handlung der speziellen Rückrufansprüche	137
2. Reichweite der Rückrufpflicht des Unterlassungsschuldners nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	138
3. Zwischenfazit	139
II. Meinungsstand zum Verhältnis von Unterlassungs- und Rückrufanspruch	139
1. Literatur	139
2. Argumentation des Bundesgerichtshofs	140

III. Verbleibender Anwendungsbereich der Rückrufansprüche nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	142
IV. Zwischenfazit	143
B. Bedeutung der Richtlinie 2004/48/EG	144
I. Meinungsstand	144
II. Vereinbarkeit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs mit der Richtlinie 2004/48/EG	146
1. Unionsrechtliche Grundsätze der Umsetzung einer Richtlinie	146
2. Vorgaben der Richtlinie 2004/48/EG	147
a) Wortlaut der Richtlinie 2004/48/EG	148
b) Erwägungsgründe der Richtlinie 2004/48/EG	148
3. Gesetzesmaterialien des nationalen Umsetzungsgesetzes	149
III. Zwischenfazit	150
C. Fazit	150
Kapitel 5: Prozessuale Durchsetzung der Rückrufverpflichtung des gesetzlichen Unterlassungsschuldners	151
A. Vereinbarkeit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs mit den Grundsätzen des zweigliedrigen Streitgegenstandes	151
I. Probleme des Streitgegenstandes	151
1. Verhältnis von Unterlassungs- und Handlungspflichten	151
2. Unterschiedliche Streitgegenstände von Unterlassungsanspruch und Rückrufanspruch	152
3. Dogmatische Auswirkungen	154
a) Kostentragung	155
b) Tenorierung	156
4. Zwischenfazit	157
II. Erfordernis eines Klageantrages	158
1. Grundsatz des <i>ne eat iudex ultra petita partium</i>	159
2. Qualifikation der Rückrufverpflichtung als <i>aliud</i>	160
3. Auslegung eines Unterlassungsantrages	161
a) Handlungspflichten dem Grunde nach	162
b) Konkrete Rückrufpflichten	164
4. Zwischenfazit	165
III. Exkurs: Beschränkung des Streitgegenstandes durch den Gläubiger	166

IV. Zwischenfazit	168
B. Vollstreckungsverfahren	169
I. Systematik	169
1. Meinungsstand	169
2. Systematik der Vollstreckungsarten	172
a) Unterschiede von Handlungs- und Unterlassungsvollstreckung	172
b) Vollstreckung einer originären Rückrufverpflichtung	173
3. Stellungnahme	176
II. Umgehung des materiellrechtlichen Verantwortungsbereichs	179
III. Dogmatische Grenze der Auslegung eines Vollstreckungstitels	182
1. Auffassung des Bundesgerichtshofs	183
2. Dogmatische Grenze der Auslegung eines Titels im Vollstreckungsverfahren	184
3. Ergebnis	186
IV. Konflikte mit dem Bestimmtheitsgebot	187
1. Meinungsstand	187
2. Rechtsprechung zur Anwendung Bestimmtheitsgrundsatzes	190
3. Historische Auslegung der Norm	191
4. Anwendung des Bestimmtheitsgrundsatzes auf andere Ordnungsmittel	193
5. Vorhersehbarkeit einer Rückrufverpflichtung für den Titelschuldner	194
a) Allgemeines Wortverständnis eines Unterlassens	195
b) Heranziehung des gesetzlichen Wortsinns	195
c) Konkretes Einwirken auf unabhängige Dritte	199
V. Zwischenfazit	200
C. Grundsatz des Verbots der Vorwegnahme der Hauptsache	201
I. Meinungsstand zum Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache	201
1. Stimmen in der Literatur	201
2. Argumentation des Bundesgerichtshofs	203
II. Vernachlässigung des Zeitverlusts infolge der Nichtvornahme einer Handlung	203
III. Kosten eines Rückrufes	204
IV. Stellungnahme	205
D. Dogmatische Konflikte mit Besonderheiten des einstweiligen Rechtsschutzes	207
I. Systematischer Widerspruch zum Immaterialgüterrecht	207
1. Streitstand	208

2. Stellungnahme	209
II. Umgehung der Anforderungen an eine Leistungsverfügung	210
1. Meinungsstand hinsichtlich der Gewährung eines Rückrufes	211
2. Stellungnahme	213
E. Probleme im Zusammenhang mit einem Abschlussverfahren	214
I. Reichweite der Wirkung einer Abschlusserklärung	214
II. Konfliktpunkte mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	215
1. Ausgangssituation	215
2. Meinungsstand	215
3. Bewertung	216
III. Zwischenfazit	218
F. Exkurs: Lösungsansätze für die tatsächlichen Konsequenzen aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs im einstweiligen Verfahren	218
I. Bestehende Ansätze in der Literatur	218
II. Stellungnahme	220
1. Einschränkende Antragsfassung	220
a) Nachteilige Auswirkungen auf den Verfügungsgrund	220
b) Stellungnahme	221
2. Schutzschriften und Abmahnkorrespondenz	222
3. Verzicht auf das Betreiben der Zwangsvollstreckung	223
G. Fazit	224
Kapitel 6: Die Rückrufpflicht eines vertraglichen Unterlassungsschuldners ...	229
A. Grundsätzliches	229
B. Meinungsstand in der Literatur	230
C. Rechtsprechung zu Handlungspflichten des vertraglichen Unterlassungsschuldners	231
I. Uneinheitliche Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	231
II. Begründungsansätze der Rechtsprechung	232
D. Bestimmung der Reichweite von Unterlassungserklärungen	233
I. Unterschiede zwischen der Auslegung eines Vertrags und eines Titels	234
II. Ermittlung der Parteiwillen	237
III. Indizien für und gegen eine Rückrufverpflichtung	239
1. Vereinbarung von Aufbrauchs- und Umstellungsfristen	239

2. Klausel zur Berechtigung eines befristeten Abverkaufs	242
3. Wörtliche Unterscheidung zwischen Unterlassen und Beseitigung	243
a) Dem vertraglichen Unterlassungsanspruch immanente Beseitigungen ..	244
b) Ausschluss weitreichenderer Handlungspflichten	244
c) Schlussfolgerung	244
IV. Zwischenfazit	245
E. Exkurs: Ausklammerung von Beseitigungspflichten	245
I. Partielle Beseitigung der Wiederholungsgefahr	245
II. Möglichkeit einer einseitigen Beseitigung der übrigen Wiederholungsgefahr ...	247
1. Zustimmung des Gläubigers	248
2. Ablehnung des Gläubigers	248
F. Fazit	251

Kapitel 7: Reichweite der Rückrufpflicht des Unterlassungsschuldners unter Berücksichtigung seiner tatsächlichen und rechtlichen Sachherrschaft im Rahmen des unternehmerischen Vertriebs 253

A. Sachherrschaft des Unterlassungsschuldner als Grenze für eine Rückrufpflicht	253
B. Vertriebswege eines Unternehmens	255
I. Direkter Vertrieb durch eigene und rechtlich unselbständige Organe	255
II. Indirekter Vertrieb durch fremde und rechtlich selbständige Absatzorgane	256
1. Betriebswirtschaftliches Verständnis des Begriffs „Absatzorgan“	256
2. Juristische Einordnung des indirekten Vertriebs	257
III. Zwischenfazit	258
C. Mögliche und zumutbare Rückrufmaßnahmen	258
I. Inhalt der Rückrufpflicht des Unterlassungsschuldners	259
1. Denkbare Einwirkungsformen zur Erfüllung eines Rückrufes	259
a) Bildung eines auszuschöpfenden Rahmens konkreter Handlungsformen	259
b) Handlungen geordnet nach dem Grad ihrer Intensität	260
c) Differenzierung zwischen Lauterkeitsrecht und Immaterialgüterrecht ...	263
2. Rechtliche Möglichkeit der denkbaren Rückrufhandlungen	264
3. Prüfung der Zumutbarkeit	265
a) Hinweis über die eigene Verletzungshandlung	265

b) Ausübung von Weisungsrechten	266
c) Rückgabe gegen Erstattung des Kaufpreises	266
aa) Gestaltungsrechte der Vertragspartner des Unterlassungsschuldners	267
bb) Möglichkeit des Unterlassungsschuldners zur Rückabwicklung des Kaufvertrages	267
cc) Unterbreiten eines Rückkaufangebotes	268
dd) Schlussfolgerung	269
d) Androhen der Kündigung von laufenden Geschäftsbeziehungen	270
II. Zwischenfazit	270
D. Sachherrschaft des Unterlassungsschuldners im direkten Vertrieb	271
I. Tatsächliche Sachherrschaft	271
1. Unmittelbarer Besitz des Unterlassungsschuldners	271
2. Mittelbarer Besitz des Unterlassungsschuldners	272
3. Besitzverlust des Unterlassungsschuldners	272
II. Rechtliche Sachherrschaft	273
III. Zwischenfazit	273
IV. Tatsächliche Konsequenzen für den Unterlassungsschuldner im direkten Vertrieb	274
1. Pflichten infolge eines Hauptsacheverfahrens	274
2. Pflichten infolge einer Unterlassungsverfügung	274
3. Pflichten infolge einer vertraglichen Unterlassungspflicht	274
E. Sachherrschaft des Unterlassungsschuldners im indirekten Vertrieb	275
I. Grundsätzliches	275
1. Bedeutung der Haftung des Unternehmens- und Betriebsinhabers	275
2. Haftung des vertraglichen Unterlassungsschuldners für Erfüllungsgehilfen	277
a) Ausschluss einer Haftung für Erfüllungsgehilfen	277
b) Auswirkungen des § 278 BGB	279
c) Erfüllungsgehilfen bei Unterlassungserklärungen	279
3. Rechtliche Sachherrschaft als maßgebliche Grenze	280
II. Kommissionsgeschäft	281
1. Grundsätzliches	281
2. Rechtliche Sachherrschaft des Kommittenten	282
a) Zurückzurufende Gegenstände sind im Besitz des Kommissionärs	282
b) Zurückzurufende Gegenstände sind im Eigentum des Kommissionärs	283

c) Zwischenfazit	284
3. Tatsächliche Konsequenzen für den Unterlassungsschuldner	284
a) Pflichten infolge eines Hauptsacheverfahrens	284
b) Pflichten infolge einer Unterlassungsverfügung	286
c) Pflichten infolge einer vertraglichen Unterlassungspflicht	287
III. Handelsvertreter	288
1. Grundsätzliches	288
2. Rechtliche Sachherrschaft des Prinzips	289
a) Herausgabeanspruch gegen den Handelsvertreter	289
b) Ausübung von Weisungsrechten gegenüber dem Handelsvertreter	290
3. Tatsächliche Konsequenzen für den Unterlassungsschuldner	291
a) Pflichten infolge eines Hauptsacheverfahrens	291
b) Pflichten infolge einer Unterlassungsverfügung	292
c) Pflichten infolge einer vertraglichen Unterlassungspflicht	292
IV. Vertragshändler	293
1. Grundsätzliches	293
2. Rechtliche Sachherrschaft des Unternehmens	294
a) Herausgabeanspruch gegen den Vertragshändler	294
b) Ausübungen von Weisungsrechten zum Zwecke eines Rückrufes	295
c) Keine Pflicht zur Unterbreitung eines Rückkaufangebotes	298
d) Keine Pflicht zur Androhung der Kündigung des Vertragshändlervertrages	298
3. Tatsächliche Konsequenzen für den Unterlassungsschuldner	298
a) Keine Rückrufpflicht gegenüber einem Vertragshändler	298
b) Hinweispflicht des Unternehmers bzw. Unterlassungsschuldners	299
c) Vertragshändler als Erfüllungsgehilfe des vertraglichen Unterlassungsschuldners	300
V. Franchiseverträge	301
1. Grundsätzliches	301
2. Rechtliche Sachherrschaft des Franchisegebers	302
a) Herausgabeanspruch gegen den Franchisenehmer	302
b) Ausübung von Weisungsrechten zum Zwecke eines Rückrufes	302
c) Keine Pflicht zur Unterbreitung eines Rückkaufangebotes	304
d) Keine Pflicht zur Androhung einer Kündigung	305
e) Keine Hinweispflicht	305
3. Tatsächliche Konsequenzen für den Unterlassungsschuldner	306
a) Keine Rückrufpflicht gegenüber einem Franchisenehmer	306

b) Keine Hinweispflicht	306
c) Franchisenehmer als Erfüllungsgehilfe des vertraglichen Unterlassungsschuldners	306
F. Fazit	307
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	311
Literaturverzeichnis	319